

13.3441 Postulat

Bedrohungsmanagement bei häuslicher Gewalt. Überblick über die rechtliche Situation und Schaffen eines nationalen Verständnisses

Eingereicht von: Feri Yvonne
Sozialdemokratische Fraktion
Sozialdemokratische Partei der Schweiz



Bekämpfer: Geissbühler Andrea Martina
Fraktion der Schweizerischen Volkspartei
Schweizerische Volkspartei

Einreichungsdatum: 13.06.2013

Eingereicht im: Nationalrat

Stand der Beratung: Abgeschrieben

Eingereichter Text

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Grundlagenbericht zum Bedrohungsmanagement bei häuslicher Gewalt in der Schweiz mit speziellem Fokus auf den rechtlichen Aspekt des für das koordinierte Vorgehen notwendigen Datenaustauschs zu verfassen.

Begründung

Um Opfer von häuslicher Gewalt (Erwachsene und Kinder) vor schweren Delikten schützen zu können, sind eine frühzeitige und institutionenübergreifende Einschätzung des von der gewaltausübenden Person ausgehenden Gefahrenniveaus sowie das Erstellen einer Sicherheitsplanung für die Opfer unabdingbar. Wie der Bundesrat in seiner Antwort auf die Motion [13.3161](#) feststellt, liegen in der Schweiz noch keine Erfahrungen im Bedrohungs- resp. Sicherheitsmanagement vor. Bevor die für die Gefahrenabwehr zuständigen Kantone Bedrohungsmanagement-Konzepte umsetzen können, gilt es,

1. möglichst schweizweit ein einheitliches Verständnis des Begriffs Bedrohungs- und/oder Sicherheitsmanagement zu schaffen,
2. die involvierten Institutionen und Zielgruppen unter spezieller Klärung der Rolle des Opfers häuslicher Gewalt zu definieren,
3. Wissen über validierte Instrumente zur Gefährlichkeitseinschätzung zu generieren und
4. abzuklären, ob die rechtlichen Grundlagen für die Durchführung von multiinstitutionellen Risikoeinschätzungs- und Bedrohungsmanagement-Konferenzen inklusive des damit verbundenen Datenaustauschs vorhanden seien. Dabei soll aufgezeigt werden, wie allfällige gesetzliche Lücken kantonal oder national geschlossen werden könnten. Falls die bisherigen gesetzlichen Grundlagen ausreichen, soll das Zusammenspiel der verschiedenen Normen für multiinstitutionelle Fallkonferenzen geklärt und anschliessend den Rechtsanwendenden kommuniziert werden.

Bei der Klärung dieser Grundsatzfragen soll der Fokus auf häusliche Gewalt gerichtet werden, da sich Dynamik und Opfersituation massgeblich von jenen anderer Gewaltformen (z. B. gegen Behördenangehörige) unterscheiden. Häusliche Gewalt liegt vor, wenn Personen innerhalb einer bestehenden oder aufgelösten familiären, ehelichen oder eheähnlichen Beziehung physische, psychische oder sexuelle Gewalt ausüben oder androhen.



Stellungnahme des Bundesrates vom 14.08.2013

Das von verschiedenen Kantonen der Deutschschweiz geplante Bedrohungsmanagement ist primär Sache der Polizei und damit Aufgabe der Kantone (vgl. Stellungnahme des Bundesrates vom 29. Mai 2013 zur Motion Feri [13.3161](#)). Der Bundesrat wird deshalb den Bericht in Zusammenarbeit mit den Kantonen erstellen. Er wird den Schwerpunkt auf allfällige Hindernisse des Datenaustauschs im Bundesrecht legen und die ersten Erfahrungen der Kantone mit dem neuen Instrument mitberücksichtigen.

Antrag des Bundesrates vom 14.08.2013

Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulates.

Ratsunterlagen

11.11.2017 - Bericht in Erfüllung des parlamentarischen Vorstosses

Chronologie

27.09.2013	Nationalrat Bekämpft. Diskussion verschoben
05.05.2015	Nationalrat Annahme
05.06.2018	Nationalrat Abschreibung Im Zusammenhang mit der Beratung des Geschäfts 18.006.

Zuständigkeiten

Zuständige Behörde

Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)

Weitere Informationen

Mitunterzeichnende (26)

Allemann Evi, Amarelle Gesla, Aubert Josiane, Bernasconi Maria, Chopard-Acklin Max, Fehr Hans-Jürg, Friedl Claudia, Gross Andreas, Gysi Barbara, Hadorn Philipp, Heim Bea, Jans Beat, Kiener Nellen Margret, Leutenegger Oberholzer Susanne, Maire Jacques-André, Marra Ada, Masshardt Nadine, Nussbaumer Eric, Piller Carrard Valérie, Schenker Silvia, Schneider Schüttel Ursula, Semadeni Silva, Sommaruga Carlo, Tschümperlin Andy, Voruz Eric, Wermuth Cédric

Links

Weiterführende Unterlagen

Amtliches Bulletin | Abstimmungen NR

